

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses
am 02.12.2009**

öffentlich

Ort: Christian-Wolff-Haus, 2. Etage, Großer Saal
Großer Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Harald Bartl	parteilos
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos
Frau Katharina Rommel	DIE LINKE.
Herr Rudenz Schramm	parteilos
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Norbert Böhnke	Verw
Herr Tobias Kogge	BG
Herr Detlef Stallbaum	Verw
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verw
Herr Dr. Frank Hirschinger	SKE
Herr Dr. habil. Günter Kraus	SKE
Frau Birgit Leibrich	SKE
Herr Jürgen W. Schmidt	SKE
Frau Cathleen Stahs	SKE
Herr Wolfgang Stauch	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Robert Bonan	parteilos
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Frau Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Uwe Wätzel	Verw
Herr Bernd Werner	Verw
Herr Wolfgang Burkart	SKE
Frau Elke Schwabe	SKE

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 4.11.2009
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Eingang des Fußgängertunnels Waisenhausring
Vorlage: V/2009/08227
- 5.2. Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG Volkssolidarität und der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Anbringung der Wappen eingemeindeter Ortschaften im Stadthaus
Vorlage: IV/2008/07523
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht über den Stand der Umsetzungen Konjunkturpakt
- 7.1.1 Stadtmuseum - Druckerei durch Frau Zimmermann
- 7.1.2 Kommunales Bildungszentrum durch Frau Dr. Labenz, Herrn Hildebrand
- 7.1.3 Konservatorium durch Herrn Effner-Jonigkeit
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Bergner, eröffnet. Sie begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, der Verwaltung und die Gäste. Frau Dr. Bergner stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Dr. Bergner gibt die von der Verwaltung vorgeschlagene Terminalschiene für 2010 zur Abstimmung frei.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss ist mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.

Frau Dr. Bergner schlägt vor, den Ausschuss früher tagen zu lassen. Sie begründet, dass viele Mitglieder des Ausschusses Termine kultureller Veranstaltungen am Abend wahrnehmen müssen und es öfters zu Terminüberschneidungen kommt. Sie schlägt 16:00 Uhr oder 16:30 Uhr vor.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss verständigt sich auf 16:30 Uhr.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 4.11.2009

Die Niederschrift wird durch die Ausschussvorsitzende zur Genehmigung vorgeschlagen. Frau Krausbeck bittet um Korrektur des Wortes „Geschlechterpriorität“ (S. 5, viertletzte Zeile). Richtig heißt es: „Geschlechterparität“.

Abstimmungsergebnis:

Die Niederschrift wird mit o.g. Änderung mit einer Enthaltung genehmigt.

Frau Dr. Bergner teilt mit, dass der Protokollant und sein Stellvertreter krankheitsbedingt ausgefallen sind. Herr Böhnke wird als Ersatz vorgeschlagen und bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Eingang des Fußgängertunnels Waisenhausring Vorlage: V/2009/08227

Herr Lunebach, Leiter Stadtplanungsamt, führt aus, dass das Ansinnen des Antrages der Verwaltung bekannt ist. Die Stadt steht mit den Franckeschen Stiftungen (FS) in Kontakt. Die Installation einer Infotafel oder eines Hinweisschildes, ähnlich wie vor dem Hauptgebäude, würde dort begrüßt. Der Antrag der FDP sei geprüft worden. Es gebe unterschiedliche Möglichkeiten: a) Schild an der Wand, b) eine Vitrine wie vor dem Haupthaus – auch für weitergehende Infos, rechts des Eingangs in Richtung FS. Hier stelle sich das Problem der im Boden befindlichen Leitungen; er sei jedoch sicher, dass eine Stelle gefunden werden kann. Ungefähre Kosten: 2-2,5 T€ einschl. Aufstellung. Zur Finanzierbarkeit führt Herr Lunebach weiterhin aus, dass IBA-Mittel erschöpft sind. Es stelle sich die Frage, ob sich die FS beteiligen können. Dies sei bei den FS angesprochen worden. Die Unterhaltung müsste durch den Begünstigten erfolgen. Herr Lunebach stellte zum Schluss fest, dass eine Aufstellung möglich ist. Er reicht eine Vorlage (Bildmontage) aus, die den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Raab zeigte sich von der Arbeit der Verwaltung beeindruckt. Allerdings würde ein Schild genügen.

Herr Kogge erinnerte an die Idee der Anbringung eines roten Querschildes (Text: „Hier Zugang zu den FS“) an einem dort befindlichen Laternenmast.

Herr Lunebach verwies auf ein persönliches Gespräch mit Herrn Dr. Müller-Bahlke, Direktor FS. Die FS wünschten sich mehr als nur ein Hinweisschild. Dieses könnte schon über das städtische Wegeleitsystem (rote Hinweisschilder) angebracht werden. Die Frage sei, ob ein Hinweis auf FS genügt. Die Intentionen der FS sollten Berücksichtigung finden.

Frau Raab verweist auf die Antragsbegründung. Eine Beschriftung reicht aus. Eine kostenmäßige Beteiligung der FS wäre zu begrüßen.

Herr Lunebach fragt nach dem Willen des Ausschusses und verweist auf die Nachhaltigkeit von Investitionen.

Frau Raab meint, dass schon ein Schild ausreichen könnte.

Herr Dr. Bartsch hinterfragt den Sinn einer Vitrine. Die Hallenser wüssten, wo die FS sind. Für Touristen sollte ein Hinweisschild ohne großen Text ausreichen. Ein größerer Aufwand wird in Frage gestellt.

Frau Dr. Wünscher sieht ein Schild als richtige Lösung. Die Vorlage sei allerdings gewöhnungsbedürftig. Die Vitrine sei kaum zu erkennen. Eine Entscheidung könne heute nicht getroffen werden. Die Vorlage sei nicht glücklich. Auch müsse die „Müllsituation“ im Umfeld berücksichtigt werden.

Herr Lunebach stellt fest, dass ein rotes Schild üblich wäre. Wenn mehr gewollt ist, müssten die Kosten durch den Begünstigten getragen werden.

Herr Dr. habil. Kraus meint, dass die Vorlage nicht sinnvoll ist. Es genüge am oberen Rand des Tunnels ein schriftlicher Hinweis: „Zugang zu den FS“. Der eigentliche Eingang zu den FS sei schließlich an einem anderen Ort.

Herr Dr. Wend schlägt vor, auf der Grundlage des „Corporate Designs“ (CD) der Stadt (schwarz auf rot) ein Emailleschild anzubringen.

Herr Kogge fasst zusammen: Es gibt zwei Grundideen: 1. Wegeleitsystem (IBA – roter Weg, Gärten von Francke). 2. Vor dem Tunnel müsste eine Seite gereinigt werden. In Bezug auf die andere Seite sollte die FS mit der HAVAG reden. Er verweist darauf, dass der Bauhof schmiedeeiserne Kunst herstelle, die stabil ist. In dieser Form könnte eine Beschriftung erfolgen. Diese Kunst sei auf dem Gelände der FS ebenfalls anzutreffen.

Herr Dr. Wend stellt einen **Antrag** auf Abstimmung seines Vorschlages. Es soll ein Schild gemäß des CD der Stadt in angemessener Größe angebracht werden.

Frau Raab ergänzt, dass, wenn die FS zusätzliches wollen, sich die Stadt nicht verweigern wird. Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Bergner fragt, wie mit dem FDP-Antrag umgegangen werden soll.

Frau Rommel sieht keine inhaltliche Abweichung vom FDP-Antrag und schlägt daher vor, diesen zur Abstimmung zu stellen. Durch Herrn Dr. Wends Antrag wird der FDP-Antrag konkretisiert.

Frau Raab stimmt dem zu.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Ja: 7x
Nein: 0x
Enthaltung: 3x

Beschlussvorschlag:

Neben dem Eingang des Fußgängertunnels am Waisenhausring wird eine Beschriftung mit Hinweis auf die Franckeschen Stiftungen und deren historische Bedeutung angebracht.

**zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG Volkssolidarität und der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Anbringung der Wappen eingemeindeter Ortschaften im Stadthaus
Vorlage: IV/2008/07523**

Herr Böhnke erklärt, dass die Prüfung, ob die Fensterplätze im Wappensaal für die Anbringung von 31 Siegel- und Wappendarstellungen ausreichen, positiv ausgefallen ist. Er stellt fest, dass die Verwaltung ein Muster noch nicht vorstellen kann.

Herr Dr. Wend verweist darauf, dass die Verwaltung das Muster bereits zur letzten Stadtratssitzung vorstellen wollte. Die Siegel und Wappen sollten auf Originalgröße kopiert und vorgestellt werden.

Frau Dr. Wünscher ergänzt, dass geprüft werden sollte, ob Siegel überhaupt als Wappen dargestellt werden können.

Herr Böhnke teilt mit, dass er bereits vor einigen Monaten Wappenschilder vorgestellt habe, die als Grundlage ein Siegel gehabt haben. Insofern sei es möglich, Siegel als Wappen darzustellen. Er verweist darauf, dass sein ursprünglicher Vorschlag, die Siegel und Wappen auf Bleigläsern

darzustellen wesentlich teurer ist als eine Darstellung auf Folien, wie bereits einmal im Ausschuss vorgetragen.

Frau Rommel stellt fest, dass Folien im Vergleich zu der noch vorhandenen Darstellung in Bleiglas einen qualitativen Bruch darstellten. Die Finanzierung von Bleiglas sei allerdings ein mutiger Vorschlag.

Herr Strech bittet darum, Siegel und Wappen digital so darzustellen, dass man die Fenster als Hintergrund hat und hier im Ausschuss vorstellen kann.

Herr Bielecke, Leiter Eigenbetrieb ZGM, verweist auf den Denkmalschutz und den historischen Kontext. Seiner Meinung nach reicht der Platz für 31 Siegel und Wappen nicht aus.

Herr Böhnke verspricht, dass zur nächsten Sitzung eine Darstellung aller Siegel und Wappen in anschaulicher Form beigebracht wird. Eine künstlerische Überarbeitung aller vorliegenden Originalvorlagen sei allerdings nicht zu finanzieren.

Frau Rommel meint, dass ehrlich dargestellt werden soll, ob das Vorhaben überhaupt gelingen kann.

Herr Dr. Bartsch erinnert daran, dass er in der Stadtratssitzung im Oktober einen anderen Standort für die Anbringung der Siegel und Wappen vorgeschlagen hat; sie könnten im Rahmen der Dauerausstellung im Stadtmuseum gezeigt werden.

Frau Dr. Bergner stellt den Antrag, den Antrag zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Der Antrag wurde einstimmig vertagt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Stadthaus die Wappen der eingemeindeten Ortschaften anzubringen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht über den Stand der Umsetzungen Konjunkturpakt

zu 7.1.1 Stadtmuseum - Druckerei durch Frau Zimmermann

Frau Zimmermann, amtierende Ressortleiterin Stadtmuseum, stellt den Stand der Entwurfsplanung (Büro Fromme) und die Historie des Gebäudes dar. Im Innenhof soll als „Marker“ eine Büste von Christian Wolff aufgestellt werden. Das Ausstellungssystem werde mobil und flexibel sein. Die

Vorstellung der Umsetzungsidee erfolge am 27.01.2010. Alleinstellungsmerkmal des Anbaus am Stadtmuseum sei eine Etage für Museumspädagogik, die interaktive Gelegenheiten für jung und alt biete.

Frau Dr. Wünscher fragt, wer die Planung der Vitrinen und des Inventars verantwortet.

Frau Zimmermann antwortet, dass es einen Wettbewerb gegeben hat und die Bietergespräche erfolgt sind. Ein halleisches Gestaltungsbüro sei in die engere Auswahl gekommen.

Frau Dr. Wünscher fragt, ob die Firmen schon gebunden wurden.

Frau Zimmermann antwortet, dass sechs Firmen am Wettbewerb teilgenommen haben. Eine Bindung sei noch nicht erfolgt.

Frau Dr. Wünscher fragt, wer die Entscheidung über die Bindung trifft.

Frau Zimmermann verweist auf Herrn Kogge.

Frau Dr. Wünscher bringt ihren Unmut über diese Verfahrensweise zum Ausdruck. Es müsse doch erst klar sein, wie das Konzept aussehen soll. Dieses Konzept sei nicht bestätigt.

Herr Kogge erklärt, dass im Ausgangspunkt das Gebäude steht. Die Ausschreibung für den Bau konnte nicht ohne die Ausschreibung für Gestaltung erfolgen. Er verweist auf den hohen Zeitdruck, unter dem das Investitionsprogramm K-II umgesetzt werden muss. Es könne nicht sein, dass das Gebäude fertig ist, ohne eine Gestaltung des Inneren. Wer soll entscheiden, wenn nicht die Verwaltung? Das Konzept wird derzeit mit anderen musealen Einrichtungen in Halle abgestimmt. Die Verwaltung entwickelt das Konzept; dazu werden Vor-Ort-Experten eingebunden. Herr Kogge sichert zu, dass im März/April dem Ausschuss ein weiterer Stand vorgestellt wird.

Frau Dr. Wünscher teilt mit, dass nur die Mittelverwendung aus K-II beschlossen wurde. Alles andere könne nicht am Ausschuss vorbei gehen. Schon die letzte Museumsleitung sei gefordert worden, ein Konzept zu liefern. Es könne doch nicht sein, dass alles festgeklopft wird. Wie stehe es mit der Einhaltung der Wertgrenzen bei der Vergabe?

Herr Kogge verweist auf die Trennung zwischen Verwaltungstätigkeit und Ausschussarbeit. Er verspricht, dass dem Ausschuss im Januar eine vertiefte Darstellung des Inhalts vorgelegt wird. Sie baue auf dem Visionskatalog auf, der dem Ausschuss im Mai zur Kenntnis gegeben wurde. Herr Bielecke betont, dass es um die Ausstellungsgestaltung geht. Die Frage sei, wie der Auswahlprozess stattfindet. Die Wertgrenzen sind eingehalten worden.

Herr Dr. Wend bittet darum, dass das Versprechen des Beigeordneten, im Januar ein vertieftes Konzept vorzulegen in das Protokoll genommen wird.

Herr Bartl fragt, ob Konzept und Ausstellungsgestaltung voneinander losgelöst betrachtet werden können – geht das zusammen?

Frau Dr. Wünscher stellt fest, dass dem Ausschuss kein Konzept vorliegt. Es wurde dem Ausschuss nie irgendein Zwischenergebnis vorgelegt. Sie bittet darum folgenden Satz zu Protokoll zu nehmen: „Ich möchte, dass bevor hier im KA nicht befunden wurde, keine Vergabe erfolgt.“

Herr Kogge stellt fest, dass der Bau nicht ohne Inhalte begonnen werden kann. Er kann nachvollziehen, dass Frau Dr. Wünscher den konzeptionellen Teil vorgelegt bekommen will. Es ist seine Absicht, das Thema im Januar zu vertiefen. Klar sei das Ziel: Die Fertigstellung des Baus auf der Grundlage eines ausgereiften Inhalts. Der Endtermin für die Fertigstellung sei 2012.

Frau Zimmermann teilt mit, dass sie schon heute mit dem Konzept hätte aufschlagen können. Derzeit gehe es um die Vorrichtung des Gebäudes, die Dinge seien nicht fix und fertig, es gehe auch nicht um Riesensummen; die Finanzierung werde aus dem eigenen Haushalt, nicht K-II, gestemmt. Die Verwaltung wird im Kostenrahmen bleiben. Parallel werde das CWH für die Landesausstellung

2011 vorbereitet. Sie könne als stellvertretende Vorsitzende des Museumsverbandes Sachsen-Anhalt versichern, dass es ohne Beratung nicht funktioniere.

Frau Rommel fordert, dass das Konzept dem Ausschuss gezeigt werden muss.

Frau Dr. Bergner stellt fest, dass Entscheidungen immer wieder am Ausschuss vorbei getroffen werden. Sie nennt das Beispiel „Stadtmarke“. Der Ausschuss sei zuständig für das Konzept.

Frau Dr. Wünscher erinnert daran, dass ein Museumsdirektor „in die Wüste geschickt“ wurde, weil er kein befriedigendes Konzept vorlegen konnte.

Herr Dr. Wend bittet darum, keine Beschimpfungen vorzunehmen. Fakt sei, dass der Ausschuss zum konzeptionellen Stand der Dauerausstellung für das Stadtmuseum nichts wisse. Er bittet den Beigeordneten, sich emotional in die Rolle der Stadträte zu versetzen.

Herr Kogge teilt mit, dass das Ziel der heutigen Mitteilung die Darstellung der K-II-Vorhaben ist. Es gebe drei Baustellen. Die Frage sei, wie der Ablauf gestaltet werden soll. Er könne verstehen, was die Mitglieder des Ausschusses bewegt. Er verspricht, dass die Mitglieder des Ausschusses die Konzeption erhalten. Im Endergebnis müssten die Zeiten eingehalten werden; Ziel sei, dass ein gutes Museum entsteht und nicht nur ein Gebäude. Es sei nicht das Ziel der Verwaltung, den Mitgliedern des Ausschusses das Konzept vorzuenthalten.

Herr Dr. Bartsch stellt fest, dass Mitglieder des Ausschusses eine Konzeption einfordern. Es stelle sich jedoch die Frage, wer die Konzeption erarbeiten soll. Einig sei sich der Ausschuss, dass saniert wird. Herr Dr. Bartsch ist der Auffassung, dass den Fachleuten hier freier Raum für die Erstellung des Konzepts gelassen werden soll. Es stehe die Frage im Raum, wer für das Konzept verantwortlich ist.

Herr Kogge verweist auch auf den baulichen Zustand der Saline. Das K-II-Programm sei vielleicht die letzte Chance, die Finanzierung zu stemmen. Die Verwaltung habe Mitarbeiter, die so sind, wie sie sind. Er gibt zu, dass das Auftreten der Verwaltung in seinem Bereich derzeit etwas stolpernd und holprig ist. Schlussendlich sei er als Beigeordneter verantwortlich.

Frau Rommel bittet um einen Abschluss der Debatte. Sie sagt, dass der Ausschuss das Konzept nicht erst am Ende sehen möchte. Er möchte in den Prozess einbezogen werden. Der Ausschuss will prinzipiell eingebunden werden.

Frau Dr. Bergner bedankt sich für die Ausführungen von Frau Zimmermann und die anschließende Diskussion und ruft die zweite Präsentation auf.

zu 7.1.2 Kommunales Bildungszentrum durch Frau Dr. Labenz, Herrn Hildebrand

Frau Dr. Labenz, Leiterin Stadtbibliothek, stellt die Historie des Gebäudes und Grundrisse (Anbau im Schulhof) vor. Die Dreigeschossigkeit des Anbaus begründe sich im Baugrund, der bis in sechs bis acht Meter Tiefe schlammig sei und in der Anlage einer Fluchttreppe.

Herr Dr. Bartsch verweist auf die Einladung und fragt, welche weiteren Bestandteile das Kommunale Bildungszentrum (KBZ) hat, das ursprünglich in Gänze vorgestellt werden sollte.

Herr Kogge teilt mit, dass KBZ aus Stadtbibliothek, VHS, und BbS Dreyhaupt bestehen werde. Wichtig sei dabei die Hofgestaltung. Hier wird versucht, die bisher separaten Teile zu einer Einheit zusammen zu führen.

Frau Krausbeck sieht in der Antwort des Beigeordneten das KBZ eher als inhaltliches Konzept. Werde sich dadurch die Stadtbibliothek anders ausrichten?

Herr Kogge teilt mit, dass es ein „Frontoffice“ geben wird. Schließlich würden durch Bibliothek, VHS und BbS dieselben Kundengruppen angesprochen; für gemeinsame Veranstaltungen und

gegenseitige Anmeldungen werde besser gesorgt. Die Schullandschaft könne ganztätig genutzt werden.

Herr Schramm bittet um weitere Informationen. Er sieht die Hofsituation als Chance. Wo ist der Eingang? Wo werden Parkplätze sein? Er bittet darum, über den Gesamtkomplex informiert zu werden. Da auch die neue Fläche nicht ausreichen wird, fragt Herr Schramm, warum nicht die Gesamtfläche bebaut wird.

Herr Kogge stimmt zu, dass mehr Raum besser wäre. Er weist jedoch darauf hin, dass das Konzept der Stadtbibliothek in ihrem Filialnetz (drei Außenstellen) besteht. Hinzu komme die Fahrbibliothek, die Grundschulen anfährt. Er stellt das Bild eines „Dreierfusses“ (Filialen) mit einer stärkeren Zentrale vor Augen. Hinzu komme ein mobiler Fuß (Fahrbibliothek). Eine Gesamtdarstellung mit allen Wegebeziehungen wird die Verwaltung erarbeiten.

Herr Bartl fragt im Zusammenhang mit den Zweigstellen, wie der Sachstand Bus ist.

Herr Kogge informiert, dass der Bus derzeit abgenommen wird. Die Rahmenbedingungen für die Inbetriebnahme werden geprüft.

Herr Bartl fragt, ob der Bus einen wechselnden Bücherbestand hat.

Herr Kogge bejaht die Frage.

Frau Dr. Bergner fragt nach dem Entwurf für den Bibliotheksanbau; sei hier eine Ausschreibung erfolgt?

Herr Kogge bejaht; Ausschreibung und Vergabe seien über den EB ZGM erfolgt.

Frau Dr. Wünscher fragt nach dem Büro.

Herr Kogge teilt mit, dass es das Büro teamplan Halle GmbH ist. Das Konservatorium wird durch das Atelier für Architektur & Design in Köthen betreut.

Es liegen keine weiteren Fragen vor.

Frau Dr. Bergner bedankt sich für den Vortrag von Frau Dr. Labenz und leitet zur dritten Präsentation über.

zu 7.1.3 Konservatorium durch Herrn Effner-Jonigkeit

Herr Effner-Jonigkeit, Leiter des Konservatoriums, beschränkt sich ebenfalls auf eine Vorstellung des Baus. Das Konservatorium beschult 2400 Kinder und Jugendliche. Im Rahmen K-II wurden durch das Konservatorium vier Vorhaben angemeldet und eines bewilligt. Wichtig sei, dass der Eingang künftig nicht mehr über die Schillerstraße erfolgt. Die Kosten liegen bei 1,9 Mio. €. Es handelt sich um energetische Sanierung, Brand- und Schallschutz.

Frau Krausbeck fragt nach Fahrradabstellanlagen.

Herr Effner-Jonigkeit bestätigt, dass diese berücksichtigt werden.

Frau Dr. Wünscher erwähnt, dass sie im Zusammenhang mit den Planungen für das Stadion gelernt habe, dass bei energetischer Ertüchtigung Firmen Einsparungen garantieren müssen. Sie fragt, ob das in den Verträgen für das Konservatorium auch vorgesehen ist.

Herr Effner-Jonigkeit stellt fest, dass Schallschutz kostenintensiv ist. Leider könne die Verwaltung nicht komplett nach ihren Wünschen vorgehen. So werde die Heizung auch den nicht sanierten Mittelteil mit heizen.

Frau Dr. Bergner fragt, was das Konservatorium außerhalb des Lessingstraßenkomplexes nach der Sanierung noch nutzen werde – und zwar über den Rahmen der „Außenstelle Halle-Neustadt“ hinaus

Herr Effner-Jonigkeit teilt mit, dass das Konservatorium in acht Kitas vertreten ist, es bleibe also mit seinen Angeboten vor Ort, auch in der Silberhöhe.

Frau Dr. Bergner fragt, ob es einen realen Raumgewinn gibt.

Herr Effner-Jonigkeit antwortet, dass durch die Teilung von Räumen sich ein Raumgewinn ergebe.

Herr Dr. Wend spricht sich für Portallösung, die von Herrn Effner-Jonigkeit vorgeschlagen wurde, aus.

Herr Kogge spricht von einer Abwägungsfrage; er sieht die Hoffnung, dass sich Herrn Effner-Jonigkeits Vorschlag umsetzen lässt.

Herr Strech spricht sich für den Außensonnenschutz aus; es sei wichtig, dass Wohlbefinden der Menschen zu verbessern, der Denkmalschutz komme danach.

Herr Kogge schließt sich an, es gehe um das Machbare. Jeder Raum sei einzeln angefasst worden. Beispiele, dass es auch danebengehen kann, habe man ganz in der Nähe, so in Magdeburg.

Herr Effner-Jonigkeit würde die Unterstützung, die er im Ausschuss erhält, gegebenenfalls gerne in Anspruch nehmen. Ein bisschen Moderne schade nicht; wie auch im Programm des Konservatoriums sei beim Bau die Kombination der Moderne mit dem Traditionellen sein Wunsch.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Stallbaum informiert, dass die Plastik „Lesender“ (Prof. Martin Wetzel, 1981, Bronze) in den nächsten Tagen gesichert wird und nach einer kleineren Reparatur in der zweiten Jahreshälfte 2010 wieder aufgestellt wird. Weiterhin informiert Herr Stallbaum, dass das „Heimkehrer – Relief“ in Kröllwitz (Richard Horn, 1946, Bronze) sich in einem guten Zustand befindet. Das Kulturbüro nimmt Kontakt mit dem Eigentümer auf, um ihn auf seine Verantwortung für dieses Kunstwerk hinzuweisen. In den letzten Tagen konnten zwei Plastiken („Vater und Sohn“ und „Lesende“) auf der Ziegelwiese wieder aufgestellt werden.

Herr Dr. Bartsch bittet um Mitteilung, was aus seiner im Oktober-Stadtrat gestellten Anfrage zur Galerie der Ehrenbürger geworden ist. Gebe es eine Entscheidung?

Herr Kogge verweist darauf, dass derzeit eine Kostenerhebung vorgenommen wird.

Herr Dr. Wend fragt zum Protokoll des nicht-öffentlichen Teils (TOP 3.1., Übertragung Saline), ob die so kurz sein muss.

Frau Dr. Bergner verweist zur Beantwortung auf den nicht-öffentlichen Teil.

Frau Stahs nimmt Bezug auf drei Postkarten, die von der Stadtbibliothek verteilt wurden; sie findet die Karten nicht so gut, die Optik gefalle ihr nicht.

Frau Dr. Labenz verweist darauf, dass für die Karten kein Geld ausgegeben wurde.

Herr Kogge teilt mit, dass es sich um Öffentlichkeitsreihen aus der Bundesebene handelt. Die Stadt habe keine eigene Reihe.

zu 9 Anregungen

Herr Dr. Wend spricht die Wahrnehmung von Förderung an und verweist auf die Sammlung des Kulturbüros. Er fragt, wie in diesem Zusammenhang die Stadt auftritt.

Frau Dr. Bergner erinnert daran, dass der Ausschuss wissen wollte, wie nicht-öffentliche Entscheidungen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben werden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.12.09

Norbert Böhnke
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzender